

DIHK-UMFRAGE INDUSTRIE – AUSWERTUNG RHEINLAND-PFALZ

Das Wichtigste aus Rheinland-Pfalz in Kürze

- Die Industrieunternehmen aus Rheinland-Pfalz geben der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit ihres Industriestandorts mit 3,8 nur eine eher schlechte Bewertung – und damit eine ganze Notenstufe schlechter als noch vor drei Jahren (2017: 2,8). Die Bewertung berücksichtigt nicht die vielfältigen Maßnahmen der Bundesregierung zur Bewältigung der Corona-Krise, offenbart aber große strukturelle Probleme des Industriestandorts Deutschland, von denen das Netzwerk Industrie als enger Verbund von Herstellern, Zulieferern und Dienstleistern unabhängig von der Krise betroffen ist.
- Die Beurteilung der 24 Standortfaktoren durch die rheinland-pfälzischen Unternehmen hat sich innerhalb der letzten drei Jahre insgesamt verschlechtert – und das in Folge. Der Mittelwert aller „Schulnoten“ rutscht auf 3,6 (2017: 3,3). So gibt es spürbare Rückschritte in etlichen Schlüsselbereichen, z. B. bei den bürokratischen Hürden und den Energiekosten. Allein die staatlichen Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden leicht verbessert eingeschätzt (3,3; 2017: 3,4).
- Schlusslichter bei den Standortfaktoren sind mit einer mangelhaften Bewertung die „Fülle und Verständlichkeit von bürokratischen Auflagen“, mit denen Unternehmen tagtäglich zu kämpfen haben (4,8) sowie die „Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren“. Bei letzterem verschlechtert sich die Bewertung gegenüber der Vorumfrage so stark wie bei keinem anderen Standortfaktor (4,6; 2017: 4,2). Hier besteht nach wie vor großer Handlungsbedarf. Erste Erfahrungen während der Pandemie zeigen, dass Verfahren durch Digitalisierung beschleunigt und Vorschriften sowie Fristen näher an der Praxis ausgerichtet werden können – Learnings, die in die Zeit nach der Krise mitgenommen werden sollten.
- Schon fast traditionell landen die Komplexität des Steuerrechts (4,6; 2017: 4,5) und die Energiekosten auf den hinteren Plätzen. Viele Sondervorschriften und zum Teil sehr kurzfristige Steuerrechtsänderungen führen zu Rechtsunsicherheit und zu vermeidbaren Kosten bei der Befolgung der Gesetze. Bei den Energiekosten (4,5; 2017: 4,1) bestätigt die Bewertung durch die Unternehmen in noch stärkerem Maße, dass hier ein strukturelles, langfristiges Risiko für den Industriestandort Deutschland und Rheinland-Pfalz besteht.
- Die Unzufriedenheit der Industrieunternehmen mit der digitalen Infrastruktur nimmt stetig zu (4,0; 2017: 3,9) – und die Corona-Krise verdeutlicht, wie notwendig eine leistungsfähige Breitbandanbindung für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Industrie ist. Gerade der ländliche Raum, häufig Sitz von international erfolgreichen mittelständischen Industrieunternehmen („Hidden Champions“), ist unzureichend mit breitbandigen Internetanschlüssen versorgt.
- Auf Platz 1 der Bewertung der Standortfaktoren landet mit einem Wert von 2,6 erneut die Energieversorgungssicherheit, allerdings hat sich auch dieser Faktor in der Einschätzung der Unternehmen gegenüber 2017 merklich verschlechtert (2,3). Ein rascher Netzausbau ist von entscheidender Bedeutung, um auch zukünftig die Versorgung mit Strom sicherzustellen. Positiv wird auch die Verfügbarkeit von Zulieferunternehmen und Kunden vor Ort (2,7) bewertet. Bei aller Internationalisierung bleibt die regionale Nähe von Dienstleistern und Zulieferern für das produzierende Gewerbe ein wichtiges Standbein – gerade auch in Krisenzeiten.

Auswertung DIHK-Umfrage Industrie 2020 für Rheinland-Pfalz

Die Umfrage wurde vom 10. Februar bis zum 23. März 2020 durchgeführt. Die Corona-Krise hatte zu dem Zeitpunkt vor allem in Asien schon ihre wirtschaftlichen Spuren hinterlassen. In Deutschland hat sich Covid-19 seit Anfang März verbreitet. Das Herunterfahren vieler wirtschaftlichen Aktivitäten mit all den Konsequenzen auf Geschäfte, Lieferketten und Innovationsvorhaben fand erst nach der Befragung statt. Bei der Auswertung der Antworten der bundesweit befragten 1.800 Unternehmen geht die IHK-Organisation davon aus, dass die Corona-Krise bis dahin nur einen mäßigen Einfluss hatte. In Rheinland-Pfalz haben sich mehr als 230 Unternehmen an der Umfrage beteiligt.

Größen und Branchen

Die Differenzierung der teilnehmenden Unternehmen nach Sektor und Größe zeigt, dass diese die Branchenvielfalt und den mittelständischen Charakter der rheinland-pfälzischen Industrielandschaft aussagekräftig widerspiegeln.

Betriebsgrößen der RLP Unternehmen nach Anzahl der Mitarbeiter (Angaben in %)

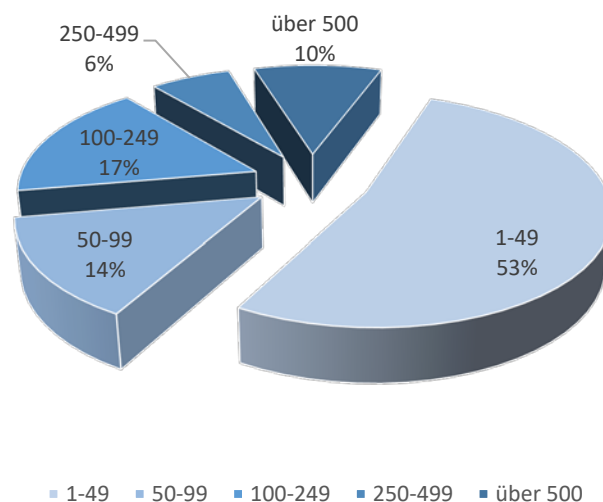


Abbildung 1: Betriebsgrößen der RLP Unternehmen, nach Anzahl der Mitarbeiter (Angaben in %)

Branchenübersicht der Unternehmen aus Rheinland-Pfalz (Angaben in %)

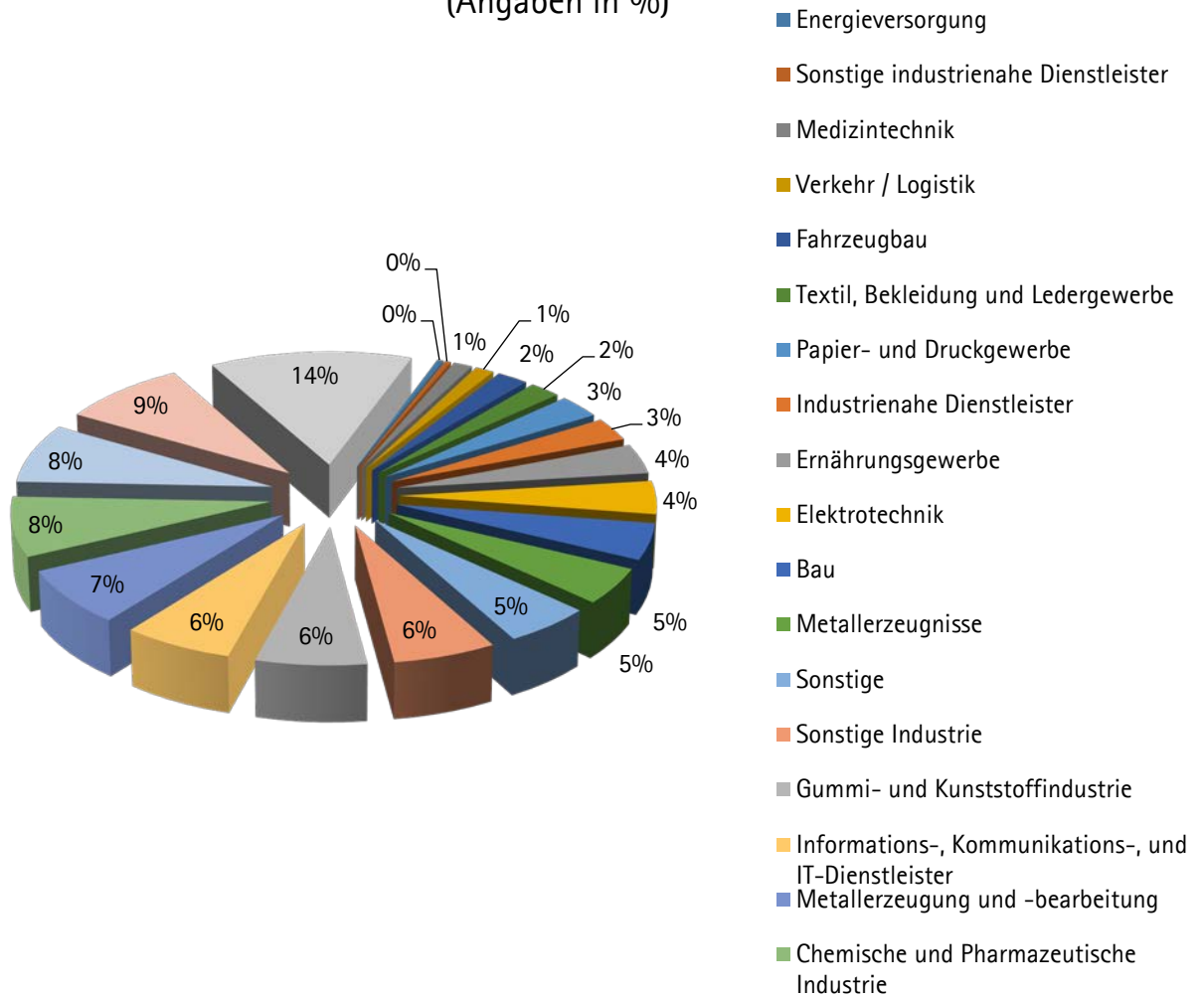


Abbildung 2: Branchenübersicht der Unternehmen aus Rheinland-Pfalz (Angaben in %)

Wirtschaftspolitik

Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik von Land und Bund sinkt um ganze Note

Im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie vergeben die aktuell befragten Unternehmen für die Wirtschaftspolitik von Bund und Land jeweils die Durchschnittsnote 3,8. Damit ist die Zufriedenheit im Vergleich zu 2017 deutlich gesunken. Bundesweit liegt die Zufriedenheit der Unternehmen mit der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit mit 3,9 noch leicht unter diesem Wert.

Wie auf Bundesebene verliert die Bundespolitik auch bei den rheinland-pfälzischen Unternehmen eine ganze Note (Bund 2017: 2,9, RLP 2017: 2,8). Die Bewertung der Wirtschaftspolitik des Landes Rheinland-Pfalz verschlechtert sich um 0,3 Punkte auf die Note 3,8 (2017: 3,5).

Die Bewertung berücksichtigt nicht die zahlreichen Maßnahmen im Rahmen der Corona-Krise, zeigt jedoch das große strukturelle Problem des Industriestandorts Deutschland und mit ihm Rheinland-Pfalz.

Standortzufriedenheit

Unzufriedenheit der Unternehmer mit dem Standort Rheinland-Pfalz steigt

Der Vergleich mit den Zahlen aus 2017 zeigt deutlich, dass die Zufriedenheit der befragten Unternehmer abgenommen hat, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Rheinland-Pfalz wird 2020 insgesamt schlechter bewertet. Der Durchschnittswert der abgefragten Standortfaktoren sinkt von 3,3 auf 3,6.

Auch auf Bundesebene ist ebenfalls ein deutlicher Anstieg der Unzufriedenheit der Unternehmer zu sehen. Hier sank der Durchschnittswert ebenfalls von 3,3 auf 3,6. Grundsätzlich ist anzumerken, dass die Bewertung der Unternehmen aus Rheinland-Pfalz sich nur geringfügig vom Bundesschnitt unterscheidet.

Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Rheinland-Pfalz bzgl. der folgenden Standortfaktoren im internationalen Vergleich auf einer Skala von 1 („klarer Wettbewerbsvorteil“) bis 6 („nicht wettbewerbsfähig“)
DURCHSCHNITT 2017 / 2020

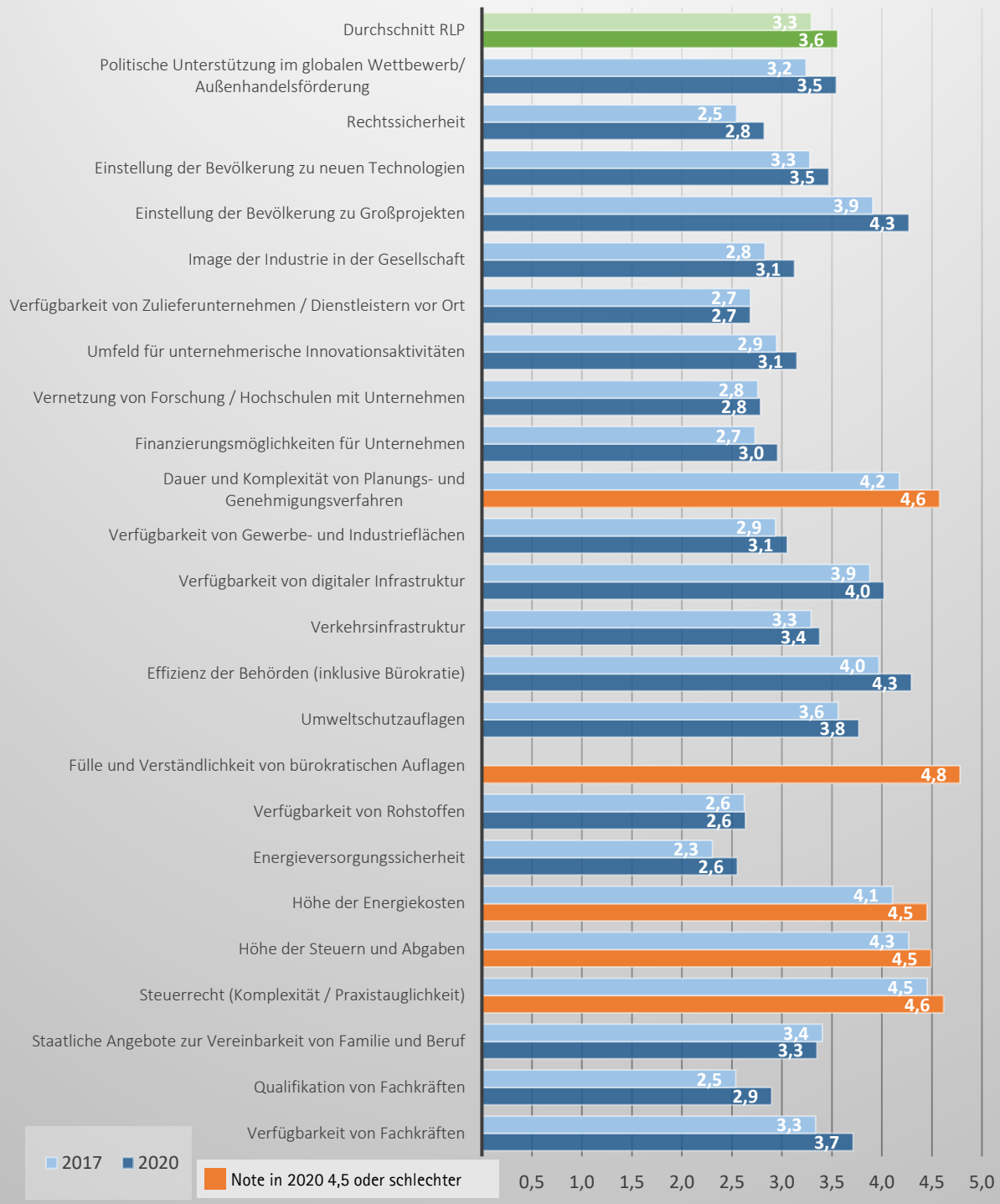


Abbildung 3: Bewertung der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Rheinland-Pfalz bzgl. folgender Standortfaktoren im internationalen Vergleich auf einer Skala von 1 („klarer Wettbewerbsvorteil“) bis 6 („nicht wettbewerbsfähig“), Vergleich der Durchschnittsnoten 2017 / 2020 – „mangelhafte“ Faktoren, die aus Sicht der Unternehmen dringend verbessert werden müssen, um den Standort wettbewerbsfähiger zu machen (Mehrfachnennung möglich)

Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts bzgl. der folgenden Standortfaktoren im internationalen Vergleich auf einer Skala von 1 („klarer Wettbewerbsvorteil“) bis 6 („nicht wettbewerbsfähig“) DURCHSCHNITT BRD/RLP 2020

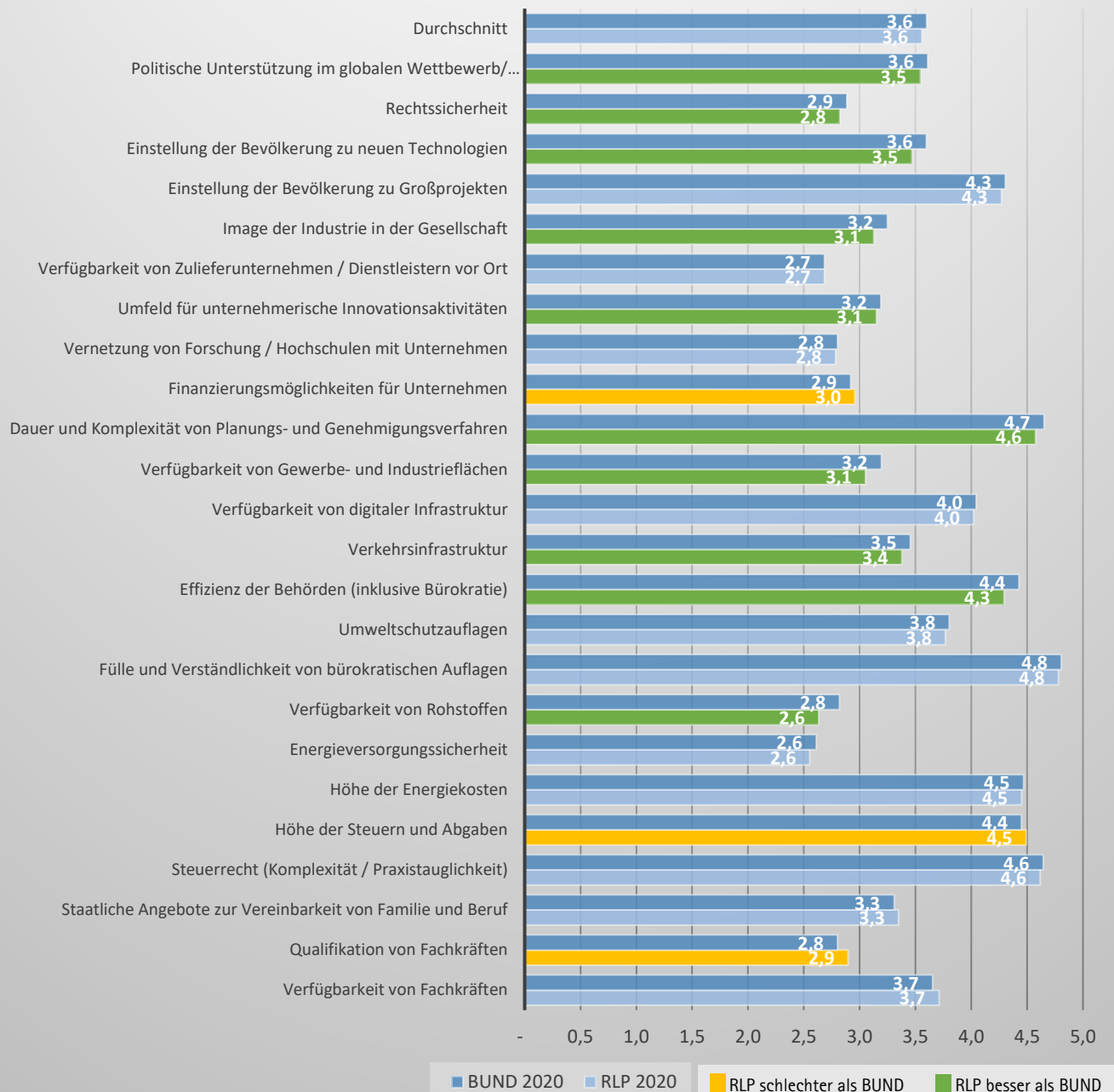


Abbildung 4: Bewertung der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Rheinland- Pfalz bzgl. folgender Standortfaktoren im internationalen Vergleich auf einer Skala von 1 („klarer Wettbewerbsvorteil“) bis 6 („nicht wettbewerbsfähig“), Vergleich der Durchschnittsnoten 2017 / 2020 – Durchschnitt BRD/ RLP 2020 (Mehrfachnennung möglich)

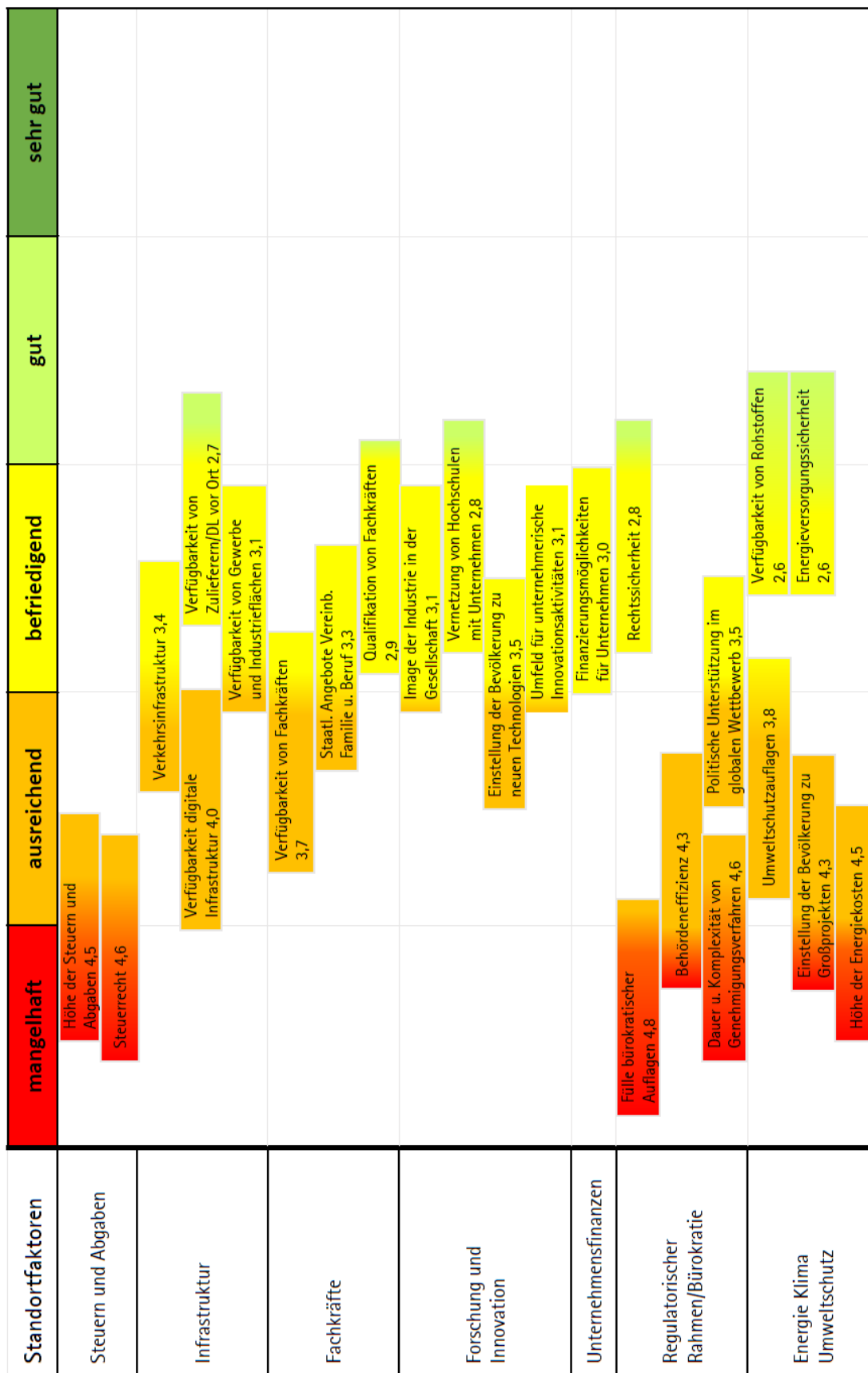


Abbildung 5: Bewertung der Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Rheinland- Pfalz bzgl. folgender Standortfaktoren im internationalen Vergleich auf einer Skala von 1 („klarer Wettbewerbsvorteil“) bis 6 („nicht wettbewerbsfähig“), Durchschnittsnote 2020 (Mehrfachnennung möglich)

Fünf „mangelhafte“ Faktoren, die aus Sicht der Unternehmen dringend verbessert werden müssen, um den Standort wettbewerbsfähiger zu machen

Fülle und Verständlichkeit von bürokratischen Auflagen

Dieser Punkt wurde erstmalig in die Umfrage aufgenommen und wurde direkt zum negativen „Spitzenreiter“ mit der Bewertung 4,8. Zudem bewerten die Unternehmen die Effizienz von Behörden inklusive Bürokratieabbau mit 4,3 (Bund: 4,4). Obwohl die aktuelle Bundesregierung bereits drei Bürokratieentlastungsgesetze auf den Weg gebracht hat, konnten diese die Gesamtsituation der Unternehmen nicht verbessern. In der Corona-Krise hat die Politik Verwaltungsverfahren durch Digitalisierung beschleunigt und Vorschriften sowie Fristen praxisnäher gemacht. Hier sind weitere Potenziale zum Bürokratieabbau vorhanden, die dringend genutzt werden sollten.

Der Aufwand zur Nutzung von Verwaltungsdienstleistungen durch die Wirtschaft muss zeitnah reduziert werden. Zur bedarfsgerechten Rückkopplung sollten regionale Ansprechpartner, zum Beispiel kommunale Chief Digital Officers (CDO), aufgebaut werden, die aktiv den Kontakt zur regionalen Wirtschaft suchen. Optional bietet sich die Installation eines ERFA-Kreises aus Vertretern Ministerium, IHKn und Unternehmen an. Nur so lässt sich nachhaltig ein gemeinsames Zielbild entwickeln.

Gute Gesetzesumsetzung heißt für die Unternehmen, den Umgang mit den Behörden effizienter und bequemer zu machen. RLP braucht zeitnah zumindest für Pilotthemen einen „digital-first“-Ansatz. Denn der Wunsch der Unternehmen ist das „Once-Only“-Prinzip, d.h. die Übermittlung der Daten nur einmal, um einen schnellen und unkomplizierten Zugang zu ermöglichen. Im Schnelldurchlauf ausnahmslos alle Verwaltungsleistungen auf Webportalen zu präsentieren, wäre zu kurz gesprungen, wenn die Unternehmen am Ende doch noch ein Formular ausdrucken und handschriftlich unterzeichnet an die Verwaltung senden müssen.

Die Nutzung digitaler Kommunikationswege und digitale Geschäftsmodelle setzen eine leistungsfähige digitale Infrastruktur voraus. Dies wird in der aktuellen Umfrage über alle Größenklassen jedoch immer noch sehr negativ bewertet und erreicht auch 2020 auf Bundes- und Landesebene 4,0 nach einer 3,9 (RLP) sowie einer 3,7 (Bund) in 2017. Offensichtlich haben die Fortschritte im Netzausbau mit den steigenden technischen Anforderungen der Industrieunternehmen und ihrer Dienstleister nicht Schritt halten können und müssen noch stärker forciert werden.

Digitale Infrastruktur – Auswertung RLP nach Betriebsgrößenklassen (Bewertung nach Schulnoten, Angaben in %)

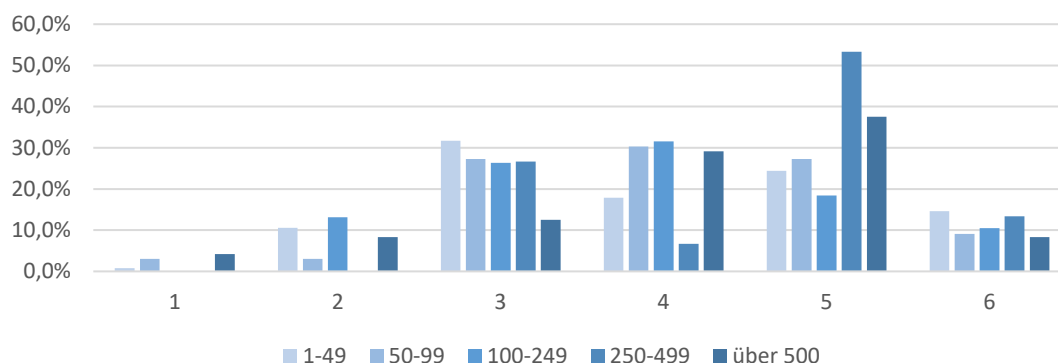


Abbildung 6: Digitale Infrastruktur – Auswertung nach Betriebsgrößenklassen (Bewertung nach Schulnoten, Angaben in %)

Steuern und Abgaben

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass es für die Unternehmen stets schwieriger wird, die steuerlichen Regelungen im Alltag zu bewältigen. Die Bewertungsnote der Komplexität des Steuern- und Abgabenrechts verschlechtert sich gegenüber 2017 daher auf Bundes-, wie auf Landesebene nochmals leicht von 4,5 auf 4,6. Die Einschätzung des Standortfaktors „Höhe der Steuern und Abgaben“ wurde ebenfalls von den Unternehmen schlecht bewertet. Nach einer 4,3 im Jahr 2017 (Bund: 4,1) wurde sie im 2020 von den rheinland-pfälzischen Unternehmen mit 4,5 bewertet (Bund: 4,4).

Anstatt weiterer Regelungen und Verschärfungen sollten Vereinfachungen des Steuerrechts und Abbau der Steuerbelastung die Standortattraktivität sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessern.

Die Investitionskraft und Eigenkapital der Unternehmen stärken

Die Besteuerung von Kostenelementen, wie beispielsweise die gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen belastet das Eigenkapital deutscher Unternehmen. Auf Grund des geringeren Eigenkapitals können Unternehmen weniger investieren als internationale Wettbewerber, z. B. in Forschung und Entwicklung oder in neue Anlagegüter. Die Kostenbesteuerung verschlechtert darüber hinaus die Krisenresistenz der Betriebe, da sie an der Substanz der Unternehmen zehrt und die Eigenkapitalquoten maßgeblich reduzieren. Dies erschwert zudem den Zugang zur Fremdfinanzierung und Gewinnung weiteren Kapitals.

International wettbewerbsfähige Steuerbelastung herstellen

Der Steuerwettbewerb nimmt international zu. Die Steuerbelastungen der Wettbewerber liegen in vielen Staaten bereits unter 25 Prozent. In Deutschland dagegen ist das Belastungsniveau sowohl für Personen- als auch für Kapitalgesellschaften (einschließlich der Belastung durch die Gewerbesteuer und den Solidaritätszuschlag) in der Regel bei etwa 30 Prozent, in Regionen mit überdurchschnittlich hohen Gewerbesteuerhebesätzen bei deutlich über 30 Prozent.

Steuerverfahren modernisieren

Die Digitalisierung findet auch zunehmend Bedeutung in Besteuerungsverfahren. Die bisherigen Neuerungen konzentrieren sich allerdings überwiegend auf Effizienzgewinne für die Finanzverwaltung. Notwendige Erleichterungen für die Unternehmen stehen weitgehend aus, z. B. die Verkürzung z. T. überlanger Verfahrensdauern bei Finanzämtern und Finanzgerichten. Stattdessen sollten steuerliche Betriebsprüfungen zeitnah durchgeführt und die Aufbewahrungsfristen von zehn auf fünf Jahre verkürzt werden. Im Besteuerungsverfahren wird zudem vor dem Hintergrund der langen Niedrigzinsphase, in der es z. T. zu Negativzinsen kommt, mit einem Wert von 6 Prozent ein zu hoher Zinssatz angewendet.

Steuern handhabbar gestalten

Für die Unternehmen ist es zunehmend schwieriger geworden, die steuerlichen Regelungen im Alltag zu bewältigen. Sie führen zu Rechtsunsicherheit und zu vermeidbaren Kosten bei der Befolgung der Gesetze. Unternehmen werden durch erhöhte steuerrechtliche Anforderungen an die Dokumentation von Unternehmensprozessen bürokratische Lasten aufgebürdet, die die Wettbewerbsposition weiter verschlechtert.

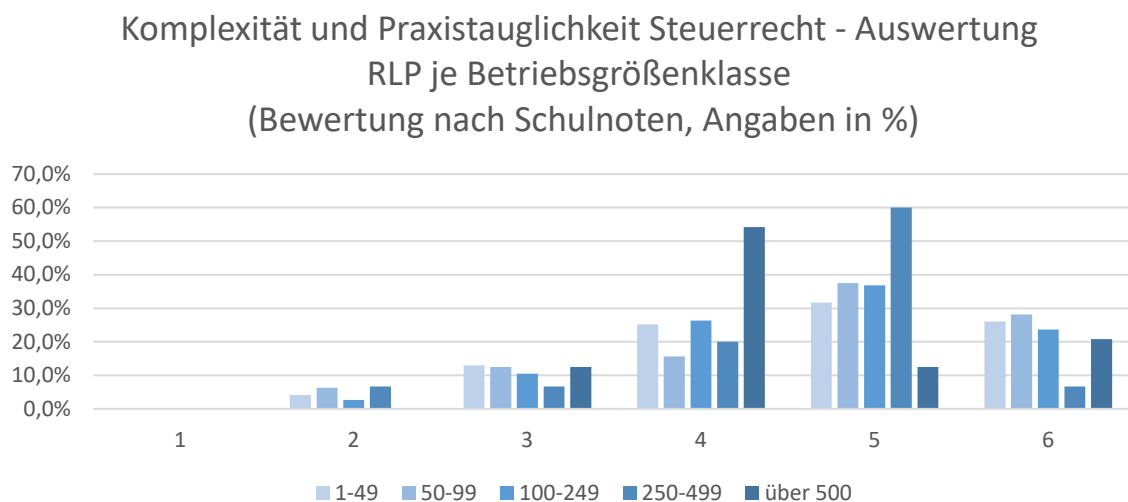


Abbildung 7: Komplexität und Praxistauglichkeit Steuerrecht, Auswertung je Betriebsgrößenklasse (Bewertung nach Schulnoten, Angaben in %)

Höhe Steuern und Abgaben- Auswertung RLP je Betriebsgrößenklasse (Bewertung nach Schulnoten, Angaben in %)

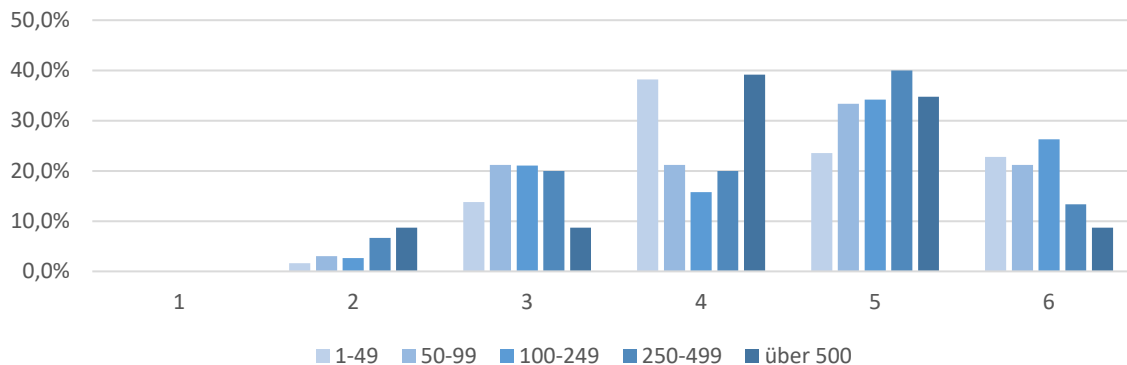


Abbildung 8: Bewertung Höhe Steuern und Abgaben, Auswertung je Betriebsgrößenklasse (Bewertung nach Schulnoten, Angaben in %)

Dauer und Komplexität von Genehmigungsverfahren

Die Bewertung des Standortfaktors „Dauer und Komplexität von Planungs- und Genehmigungsverfahren“ verschlechtert sich in der Bewertung der rheinland-pfälzischen Unternehmen und auf Bundesebene deutlich von 4,2 in 2017 (Bund, Land) auf 4,6 auf Landesebene und 4,7 auf Bundesebene. Lange Genehmigungsverfahren blockieren den Infrastrukturausbau in vielen Bereichen. Maßnahmen des Bundes zur Verfahrensbeschleunigung sollten daher unterstützt und eigene Maßnahmen auf Landesebene geprüft und umgesetzt werden, z.B. die Zusammenführung von Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren. Ziel müssen kürzere förmliche Verfahren unter Einhaltung von Planungsfristen sein.

Genehmigungsbedürftig sind darüber hinaus auch industrielle Anlagen, wie beispielsweise Kraftwerke, Verbrennungsanlagen, Ziegeleien, Zementwerke, Steinbrüche und Abfallbehandlungsanlagen. Eine Genehmigung ist auch erforderlich, wenn solche Anlagen geändert werden sollen. Die Mehrzahl der in sehr aufwendigen Verfahren zu genehmigenden Anlagen betreffen kleine und mittelständische Unternehmen. Dabei stößt die zunehmende Komplexität der Genehmigungsverfahren bei der Planung neuer technischer Anlagen und Produktionen bzw. der Umsetzung betriebsnotwendiger Erweiterungs- und Ersatzinvestitionen sehr schnell an die Grenzen einer wirtschaftsgerechten und vor allem betriebswirtschaftlichen Praktikabilität.

Dauer und Komplexität von Genehmigungsverfahren Auswertung RLP je Betriebsgrößenklasse (Bewertung nach Schulnoten, Angaben in %)

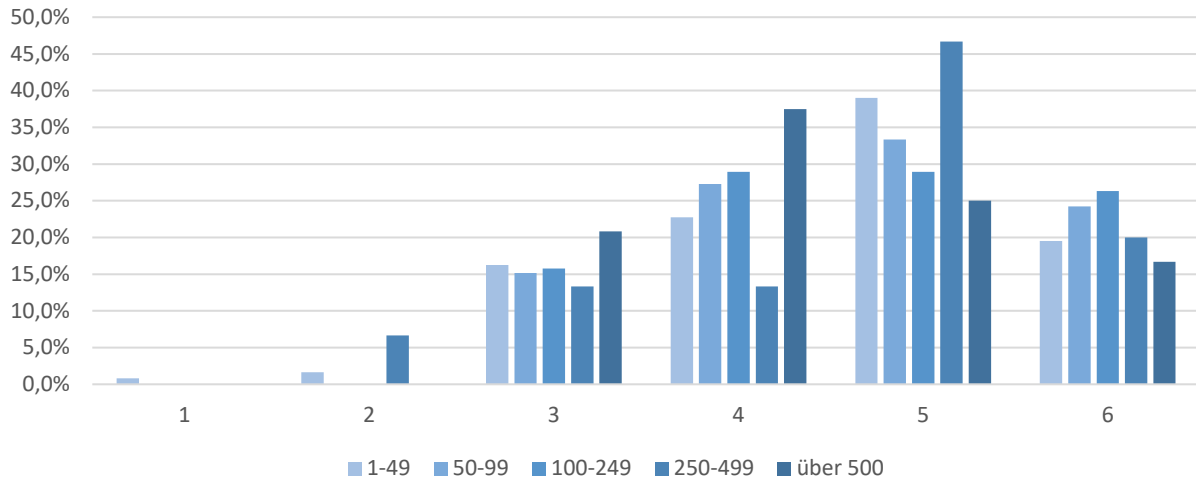


Abbildung 9: Dauer und Komplexität von Genehmigungsverfahren, Auswertung je Betriebsgrößenklasse (Bewertung nach Schulnoten, Angaben in %)

Energiekosten und Versorgung

Der Standortfaktor Energiekosten zählt mit einer Durchschnittsnote von 4,5 in Rheinland-Pfalz und auf Bundesebene nach wie vor zu den Problemfeldern (RLP 2017: 4,1, Bund 2017: 4,0). Dies zeigt, dass die Energiekosten aus Sicht der Unternehmen bundesweit ein strukturelles, langfristiges Risiko für die Geschäftsentwicklung darstellen.

Die Kosten für Industriestrom sind von 17,09 ct/kWh im Jahr 2017 auf 18,55 ct/kWh im Januar 2020 weiter angestiegen.

Treiber sind hauptsächlich die gestiegene Offshore-Netzumlage sowie die Kosten für Beschaffung, Netzentgelt und Vertrieb. Ein immer höherer Anteil an grünem Strom erfordert flexible Netze und den Neubau von Stromtrassen, für die erhebliche Investitionen fällig sind. Mit dem Kohleausstieg und dem Atomausstieg muss sich der zukünftig der Grünstromanteil weiter erhöhen. Daher ist mit weiteren Preissteigerungen zu rechnen. Auf EU-Ebene wird gegenwärtig über die Ausweitung im Rahmen des Green Deal diskutiert. Dies hätte höhere CO₂ Einsparungsziele für Deutschland zur Folge.

Höhe der Energiekosten – Auswertung RLP je Betriebsgrößenklasse (Bewertung nach Schulnoten, Angaben in %)

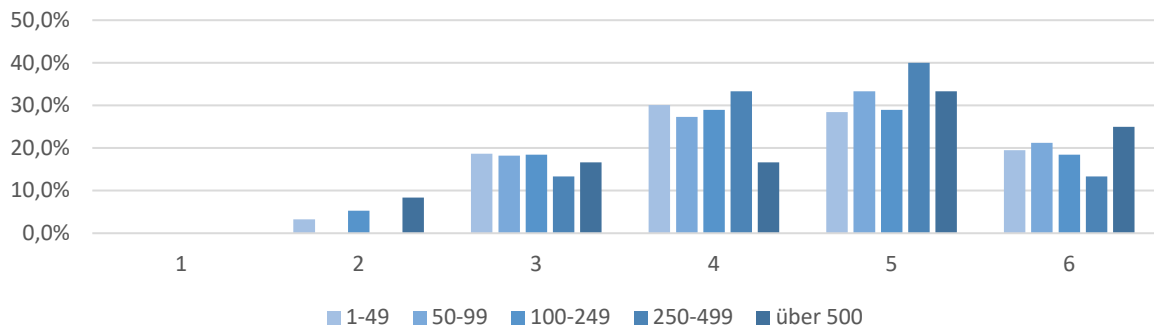


Abbildung 10: Höhe der Energiekosten, Auswertung RLP je Betriebsgrößenklasse (Bewertung nach Schulnoten, Angaben in %)

Der Bereich Energieversorgungssicherheit wird bundes- und auch landesweit mit 2,6 benotet und verschlechtert sich damit im Vergleich zur Bewertung von 2,3 im Jahr 2017 auf Bundes- und Landesebene. Ein schneller Netzausbau ist daher von entscheidender Bedeutung, um auch in Zukunft die zuverlässige Versorgung mit Strom sicherzustellen.

Herausgeber:

Arbeitsgemeinschaft Industrie- und Handelskammern Rheinland-Pfalz

www.ihk-rlp.de

Redaktion:

Dr. Holger Bentz
 Steffen Blaga
 Daniela Breuer
 Christian Jütte
 Christian Kien
 Oliver Sacha
 Dr. Matthias Schmitt
 Dr. Ingrid Vollmer
 Michael Zundler